

Grüne sehen Chance für echte Nachtruhe

Lärm Gutachter sieht Rechtswege zu längerem Flugverbot - Hessens Fraktionschef Al-Wazir fordert feste Grenzwerte

■ **Wiesbaden/Mainz.** Beim Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen halten die hessischen Grünen die rechtlichen Möglichkeiten noch nicht für ausgereizt. Es gebe mehrere Varianten, um eine Nachtruhe von 22 bis 6 Uhr durchzusetzen, sagte Landtagsfraktionschef Tarek Al-Wazir gestern in Wiesbaden bei der Vorstellung eines Gutachtens einer Berliner Anwaltskanzlei.

Der Planfeststellungsbeschluss für das derzeit von 23 bis 5 Uhr geltende Nachtflugverbot sei dann nicht mehr gültig, wenn Lärmgrenzwerte überschritten würden. In einigen Bereichen des Flughafens seien jetzt schon die Werte „nahe an dem, was für 2020 prognostiziert wird“.

Noch besser wäre es aus Sicht des Grünen-Chefs, wenn die Fraport AG selbst die Ausweitung des Nachtflugverbots beantragen wür-

de. Schließlich müsse der Flughafenbetreiber ein Interesse daran haben, dass an Deutschlands größtem Airport endlich Frieden einkehre.

Erneut forderte Al-Wazir neben dem Verzicht auf den dritten Terminal am Flughafen eine verbindliche Obergrenze von Lärm und Flugbewegungen. Er wollte sich jedoch nicht auf verbindliche Zahlen festlegen. Angesichts rückläufiger Flugbewegungen und stagnierender Passagierzahlen werde man die

kommenden Monate erst mal abwarten, sagte Al-Wazir. Im Falle einer rot-grünen Mehrheit nach der Landtagswahl im September ist damit aber auch der Konflikt mit der SPD vorprogrammiert, die wie die schwarz-gelbe Landesregierung bei der geltenden Regelung bleiben will. Das Thema Nachtruhe droht zum Streitthema bei Koalitionsverhandlungen zu werden.

Al-Wazir wollte darauf gestern lieber nicht eingehen, er freue sich aber über die Rückendeckung der

vier SPD-Oberbürgermeister von Frankfurt, Mainz, Hanau und Offenbach. Diese hatten sich am Montag ebenfalls für eine Erweiterung des Nachtflugverbots ausgesprochen. „Wenn die SPD eine Debatte beginnt, dass die Position der Grünen richtig ist, dann kann ich das nur begrüßen“, sagte Al-Wazir.

Hessens Wirtschaft lehnt dagegen klar diese Forderung ab. Bei einer Ausweitung des Flugverbots sei Frankfurt kein Weltflughafen mehr, kritisierte die Vereinigung der hessischen Unternehmerverbände. Die Initiative gegen Fluglärm Mainz forderte dagegen wie die Grünen eine Einführung von Lärmobergrenzen.

Der Mainzer OB Michael Ebling (SPD) sagte der MRZ, Flughafenbetreiber Fraport könne sein Negativ-Image in der lärmgeplagten Region nicht durchhalten. Es reiche auch nicht, die Fluglärmproteste einfach aussitzen zu wollen und sich von Gegeninitiativen wie „Ja zu FRA“ feiern zu lassen. „Auf Dauer ist gute Unternehmensführung bei Fraport eine, die sich mit der Region arrangiert.“ *dpa/ren*